Im Namen Allahs, des Erbarmungsvollen, des Barmherzigen

Antwort auf eine Frage

Die Proteste in Europa und die Ursachen seiner wirtschaftlichen Schwäche

Frage:

Am Samstag, dem 31. Oktober, erlebten mehrere europäische Länder eine neue Welle von Demonstrationen und Protesten. *Im Mittelpunkt stand dabei Frankreich, während in Deutschland Tausende junge Menschen in Dutzenden Städten auf die Straße gingen. Auch in Portugal demonstrierten Tausende Menschen in den Straßen Lissabons gegen einen Gesetzentwurf zur Miet- und Wohnungspolitik. (...) Die Organisatoren erhoben ihre Stimme gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, den Abbau öffentlicher Dienstleistungen und die Missstände im Bildungswesen. (...) Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas und Wasserwerfer ein. In einigen Gegenden kam es zudem zu Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und Plünderungen von Geschäften*. (Monte Carlo, 01.11.2026)

Diese heftigen Proteste werfen zahlreiche Fragen auf: Wie kann es sein, dass diese Staaten nicht in der Lage sind, für ein angemessenes Bildungswesen in ihren Ländern zu sorgen? Wie konnte die europäische Wirtschaft derart geschwächt werden, dass die Staaten nicht mehr imstande sind, die notwendigen Ausgaben für ihren eigenen innerstaatlichen Bedarf zu bestreiten? Und haben der Ukrainekrieg und Trumps Krieg gegen den Iran zur Schwächung der europäischen Wirtschaft und damit auch zum Ausbruch dieser Proteste beigetragen?

Möge Allah dich mit dem Besten belohnen!

Antwort:

Damit die Antwort klar wird, wollen wir folgende Aspekte beleuchten:

Erstens: Proteste finden in zahlreichen Ländern der Welt statt. Sie sind insofern eine durchaus gewöhnliche Erscheinung, als sie die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit bestimmten Zuständen zum Ausdruck bringen. Auch in den europäischen Staaten hat es solche Proteste bereits gegeben, etwa die Unruhen in den französischen Vorstädten im Jahr 2005. Danach kam es zu weiteren Protesten, die allerdings nicht von einem solchen Ausmaß an Gewalt und Plünderungen geprägt waren wie die seit September 2026 stattfindenden Ausschreitungen. Mittlerweile wiederholen sich die Proteste sogar im Wochenrhythmus. So fanden sie am Samstag, dem 31.10.2026, ebenso statt wie am vorangegangenen Samstag, dem 24.10., und eine Woche zuvor, am 17.10.2026.

Die Proteste erstrecken sich auf Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und Albanien. Zwar unterscheiden sich die jeweiligen Auslöser, doch allen gemeinsam

ist ein Gefühl der Frustration und des Vertrauensverlustes in die Regierungspolitik. (Sky News Arabia, 26.10.2026)

Innerhalb Frankreichs weiteten sich die Proteste zunehmend aus und griffen auf Belgien und Italien über. Später erfassten sie auch Deutschland. Dabei kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, Plünderungen, Zusammenstößen mit der Polizei und zahlreichen Festnahmen. Die Protestwellen breiteten sich immer weiter aus und erreichten im Osten den Balkan mit dem muslimisch geprägten Albanien und im Westen Spanien und Portugal. Im Zentrum der Protestbewegung stand Frankreich. Zugleich wurde der Forderungskatalog immer umfangreicher. Er umfasste die Bewältigung der wirtschaftlichen Notlage, die Eindämmung des Preisanstiegs und der steigenden Wohnkosten sowie weitere wirtschaftliche und politische Forderungen.

Trump beeilte sich, den Islam für die Unruhen verantwortlich zu machen, und erklärte: „Was in Frankreich geschieht, ist nichts anderes als eine außer Kontrolle geratene Massenmigration. Es geht nicht um Schulen, sondern um das Bestreben des Islam, die Kontrolle über ein Land zu übernehmen, das einst groß war!“ Der französische Präsident entgegnete darauf: „Es sind Stimmen laut geworden, die behaupten, wir seien von Massen an Migranten und Islamisten überrannt worden. Das entspricht jedoch keineswegs der Wahrheit.“ (CNN Arabic, 22.10.2026)

Zweitens: Um beurteilen zu können, ob diese Proteste lediglich vorübergehender Natur sind, wie die Protestbewegungen der vergangenen Jahre, oder ob sie eine tiefgreifende Schwäche der europäischen Staaten offenbaren, müssen die zahlreichen Probleme betrachtet werden, mit denen diese Staaten zunehmend konfrontiert sind. Dazu zählen der Krieg in der Ukraine, die Europapolitik der Trump-Regierung, der Wettbewerb mit China und die Migrationsproblematik. Entscheidend ist dabei die Frage, wie sich all diese Herausforderungen auf die Lage der europäischen Staaten im Allgemeinen und auf die ihrer führenden Mächte im Besonderen auswirken.

Zwar verloren die europäischen Großmächte infolge des Zweiten Weltkriegs ihre einstige Vormachtstellung, während die USA und die Sowjetunion zu den beiden führenden Weltmächten aufstiegen. Dennoch behaupteten sich die europäischen Staaten weiterhin auf der internationalen Bühne, und ihre Stimme hatte während des gesamten Kalten Krieges Gewicht. Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verhielt es sich weiterhin so. Europa fand sich keineswegs mit der amerikanischen Vormachtstellung ab. Vielmehr führte es 1999 mit dem Euro eine gemeinsame Währung ein, deren Grundlage bereits 1992 durch den Vertrag von Maastricht geschaffen worden war. Damit sollte dem Dollar eine Konkurrenzwährung entgegengestellt werden. Zwar gelang es dem Euro nicht, die Vormachtstellung des Dollars ernsthaft herauszufordern, doch ist er bis heute nach dem Dollar die zweitwichtigste internationale Währung geblieben. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds für das Jahr 2025 entfielen 57 % der weltweiten Devisenreserven der Zentralbanken auf den US-Dollar, während der Anteil des Euro bei 20 % lag.

Ungeachtet dessen blieb Europa insgesamt eine gewaltige Wirtschaftsmacht, die sowohl mit den USA als auch mit China konkurrierte. Mit anderen Worten: Europa bildete weiterhin eine der drei tragenden Säulen der Weltwirtschaft. Diese wirtschaftliche Stärke verschaffte ihm auch eine einflussreiche politische Stellung auf der internationalen Bühne und ermöglichte es ihm, an manchen internationalen Schauplätzen mit den USA zu konkurrieren, wenngleich es politisch stets der deutlich schwächere Konkurrent blieb. In militärischer Hinsicht hingegen stand Europa wie schon während des Kalten Krieges weiterhin unter dem militärischen Schutzschirm der USA und war auf deren Schutz angewiesen. Großbritannien und Frankreich behaupteten allerdings ihre Stellung als mittelgroße Atommächte.

Drittens: Europa ist es weder gegenüber den USA noch gegenüber China gelungen, im Technologiesektor konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei handelt es sich um jenen Wirtschaftszweig, der zunehmend zur treibenden Kraft der Weltwirtschaft geworden ist. In keinem der europäischen Länder konnte sich ein Technologieunternehmen von vergleichbarem Gewicht etablieren, wie es sie in den USA und China gibt. Vielmehr sind sämtliche europäischen Staaten zu Absatzmärkten für digitale Technologien geworden, um welche amerikanische und chinesische Unternehmen konkurrieren. Diese Entwicklung zehrt zunehmend an der Wirtschaftskraft der europäischen Staaten.

Dennoch konnten die führenden europäischen Volkswirtschaften, insbesondere Frankreich, Großbritannien und Deutschland, das Rückgrat ihrer Volkswirtschaften bewahren, nämlich ihre industrielle Produktion, allen voran die Automobil- und Flugzeugindustrie. Die Wirtschaft dieser Staaten stützte sich weiterhin auf den Handel mit Industrieerzeugnissen. Doch der Krieg in der Ukraine und die damit einhergehenden internationalen Entwicklungen haben begonnen, die Kräfteverhältnisse in Europa auf bedrohliche Weise zu verschieben. Dies stellt sich wie folgt dar:

1. Der russische Einmarsch in die Ukraine:

Am 24. Februar 2022 marschierte Russland von mehreren Seiten in die Ukraine ein und rückte bis in die Nähe der Hauptstadt Kiew vor. Dies versetzte Europa in hellen Aufruhr. Aus Furcht vor dem russischen „Schreckgespenst“ gerieten die europäischen Staaten in Panik und unterstellten sich der Führung der Biden-Administration, um die Ukraine zu unterstützen und dem russischen Einmarsch entgegenzutreten.

Die Biden-Administration übernahm dabei eine entschlossene Führungsrolle gegenüber den europäischen Staaten, die angesichts der russischen Bedrohung in Angst geraten waren und deren militärische Schwäche nun offen zutage trat. Dass Europa sich der amerikanischen Führung unter der Biden-Administration unterstellte, war somit ein deutlicher Ausdruck seiner eigenen militärischen Schwäche – dieses gravierenden europäischen Missstandes, der zuvor noch nie in dieser Deutlichkeit sichtbar geworden war.

Zunehmend machten Berichte auf das besorgniserregende Ausmaß der militärischen Schwächen Europas aufmerksam. Selbst Großmächte wie Großbritannien verfügten nur noch über wenige Hundert Panzer und begannen sogar, militärische Ausrüstungsgegenstände aus ihren Museen zu holen, um die Ukraine zu unterstützen. Das heißt: Der europäische Handel mit einigen Rüstungsgütern hatte in der Vergangenheit darüber hinweggetäuscht, wie tiefgreifend die militärische Schwäche der europäischen Staaten tatsächlich war. Und als sich die europäischen Staaten mit der russischen Militärbedrohung konfrontiert sahen, nutzten die USA diese Schwäche aus, um sie in ihr politisches Fahrwasser zu ziehen. Washington verlangte von ihnen, auch gegenüber China dem amerikanischen Konfrontationskurs zu folgen. Und die europäischen Staaten fügten sich dieser Forderung, aus Furcht, die USA könnten sie angesichts der russischen Bedrohung im Stich lassen!

2. Die Unterbrechung der russischen Energieversorgung Europas:

Zu den Maßnahmen, mit denen Russland für seinen Einmarsch in die Ukraine bestraft werden sollte, gehörte auch das Kappen der russischen Energieversorgung Europas. Bereits am 8. Februar 2022, also noch vor dem russischen Einmarsch, hatte Biden bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus in Anwesenheit des deutschen Bundeskanzlers Scholz angekündigt, die russischen Gaslieferungen nach Deutschland zu unterbinden und die Erdgasleitung Nord Stream 2 stillzulegen, falls russische Truppen die Grenze zur Ukraine überschreiten sollten. Und genau das geschah. Darüber hinaus wurden die Nord-Stream-Gaspipelines in der Ostsee durch Sprengstoffanschläge zerstört. Die europäischen Staaten wagten es nicht, sich dieser amerikanischen Politik zu widersetzen. So wurden sie zum Spielball der USA und büßten zunehmend an internationalem Gewicht ein.

Infolge dieser Politik verloren die europäischen Staaten den Zugang zum billigen russischen Erdgas, das bis dahin eine tragende Säule ihrer industriellen Produktion gewesen war. Ihre Regierungen schwankten zunächst zwischen diplomatischen Bemühungen, Russland von seinem Vorgehen in der Ukraine abzubringen, und der Suche nach alternativen Gaslieferanten. Schließlich blieb ihnen jedoch nichts anderes übrig, als auf amerikanisches Flüssigerdgas zurückzugreifen, das ihnen nun zum vierfachen Preis geliefert wurde!

Der französische Präsident Macron erklärte dazu: *„Ich sage unseren amerikanischen Freunden im Geiste der Freundschaft: Ihr seid großartig, ihr versorgt uns mit Gas. Aber wir können euch dafür nicht das Vierfache des Preises bezahlen!“ Und er fügte hinzu: „Ich bitte euch, tut uns das um unserer Freundschaft willen nicht an!“* (Al-Hayat Washington, 07.10.2022)

Europa wurde somit von einer schweren Energiekrise erschüttert: *Angesichts des sprunghaften Anstiegs der Gaspreise auf den höchsten Stand seit 2022 und der sinkenden Gasreserven reichen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Staatshaushaltskrise bis auf die Straße. Denn in mehreren europäischen Ländern*

weitet sich die Protestwelle gegen die steigenden Lebenshaltungskosten zunehmend aus. (Al-Araby al-Jadeed, 17.10.2026)

Viertens: Damit traf diese Krise das Rückgrat der europäischen Industrie ins Mark:

Der deutsche Energiegroßkonzern Uniper gab gestern, Freitag, bekannt, dass er seit der Drosselung der russischen Gaslieferungen täglich Verluste in Millionenhöhe erleidet. (Al Jazeera Net, 09.07.2022)

Einem Bericht des Wall Street Journal zufolge sind die Energiekosten zu einer der größten Herausforderungen für deutsche Unternehmen geworden. Vorausgegangen waren Jahre erheblicher Preisschwankungen infolge der europäischen Energiekrise und des Anstiegs der Gas- und Ölpreise. (...) Dieser Kostendruck hat rund ein Drittel der Unternehmen dazu veranlasst, geplante Investitionen aufzuschieben. Ein Fünftel erwägt, die Produktion zu drosseln oder Teile seiner Geschäftstätigkeit ins Ausland zu verlagern. Einige Unternehmen haben bereits damit begonnen, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. (Al Arabiya, 01.08.2026)

Die Vorsitzende der oppositionellen Alternative für Deutschland (AfD), Alice Weidel, erklärte auf einer Pressekonferenz in Berlin laut einem Bericht von Clash: „Deutschland ist faktisch bankrott. Deutschland ist pleite, und man verschweigt es euch." (Russische Zeitung Iswestija, 07.09.2026)

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Frankreich erreichte im Jahr 2025 einen Rekordstand. Nach Angaben der französischen Zentralbank wurden in den zwölf Monaten bis einschließlich Dezember insgesamt 68.564 Insolvenzen verzeichnet. Dies entspricht einem Anstieg von 3,5 % gegenüber dem Jahr 2024. (Al-Araby al-Jadeed, 06.02.2026)

Die britische Wirtschaft leidet unter einer Vielzahl struktureller und über Jahre aufgestauter Probleme, die sowohl ihre Produktions- als auch ihre Konsumsektoren schwer belastet haben. Dadurch sieht sie sich mit einer ihrer schwersten Krisen konfrontiert. (Al-Qahera News, 19.10.2026)

Fünftens: Die Zollpolitik der Trump-Regierung:

US-Präsident Trump begann seine zweite Amtszeit mit einer aggressiven Zolloffensive, die sich gegen den Großteil der Staaten weltweit richtete und mit der er hohe Einfuhrzölle verhängte. Auch die europäischen Verbündeten der USA blieben von dieser Politik nicht verschont. Trump belegte sie ebenfalls mit hohen Zöllen und brüstete sich anschließend mit den Erfolgen seiner Maßnahmen: *US-Präsident Donald Trump erklärte, dass Automobilhersteller aufgrund der von seiner Regierung verhängten Zölle ihre Produktionsstätten aus mehreren Ländern, darunter Deutschland und Japan, in die Vereinigten Staaten verlagern.* (Al Arabiya, 14.10.2026)

Darüber hinaus verabschiedeten die USA Gesetze, um europäische Industriebetriebe ins eigene Land zu locken und Europa die wirtschaftlichen Erträge aus der Tätigkeit amerikanischer Unternehmen, insbesondere der

Technologiekonzerne, zu entziehen. Angesichts der hohen Energiepreise und der von Trump verhängten Zölle auf ihre Exporte in die USA begannen europäische Unternehmen zunehmend, ihre Produktion in die USA zu verlagern und dort neue Fertigungsanlagen zu errichten: *US-Präsident Donald Trump gab am Samstag bekannt, dass der deutsche Volkswagen-Konzern dem Bau eines neuen Audi-Werks im Bundesstaat Georgia zugestimmt habe. Das Investitionsvolumen bezifferte er auf 4,2 Milliarden Dollar. Zugleich verteidigte Trump seine Zollpolitik und erklärte, diese habe maßgeblich dazu beigetragen, industrielle Investitionen in die Vereinigten Staaten zu locken*. (Asharq News, 25.10.2026)

Auf der anderen Seite begannen amerikanische Unternehmen, ihre in Europa erwirtschafteten Gewinne in die USA zu verlagern und dort steuerlich zu verbuchen, um von den neuen Steuervergünstigungen zu profitieren. Dazu zählen etwa die Anreize des vom US-Kongress 2022 verabschiedeten Gesetzes zur Inflationsbekämpfung (*Inflation Reduction Act*). Damit zehren diese amerikanischen Unternehmen gewissermaßen vom Wohlstand Europas und schmälern dessen wirtschaftliche Ressourcen, ohne den europäischen Regierungen die Steuereinnahmen zu belassen, die ihnen aus der Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen auf europäischem Boden zufließen würden. Auf diese Weise trocknen die finanziellen Ressourcen Europas immer weiter aus. Einem Bericht der Deutschen Welle vom 25.10.2026 zufolge *sind den öffentlichen Haushalten Europas durch diese Gewinnverlagerungen Steuereinnahmen in Höhe von mindestens 86,4 Milliarden Euro entgangen*.

Sechstens: Die Trump-Administration sagt sich vom Schutz Europas los:

Mit dem Amtsantritt der Trump-Administration begann sich der amerikanische Präsident zunehmend von seinen europäischen Verbündeten abzuwenden und forderte von ihnen eine deutliche Erhöhung ihrer Militärausgaben. Angesichts dieser Entwicklungen wurde Europa das ganze Ausmaß seiner misslichen Lage gegenüber den USA bewusst, insbesondere vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs. Denn die Trump-Administration begann, Russland in einer Weise zu umwerben, die die europäischen Staaten auf dem ukrainischen Kriegsschauplatz allein zurückzulassen drohte. Zugleich verlangte sie von ihnen in geradezu dreister Arroganz, die Kosten für die Unterstützung der Ukraine zu übernehmen.

Da die europäische Rüstungsindustrie nicht in der Lage ist, den militärischen Bedarf der ukrainischen Front zu decken, bleibt den europäischen Staaten nichts anderes übrig, als auf die amerikanische Rüstungsindustrie zurückzugreifen, um die Ukraine weiterhin gegen die russischen Angriffe verteidigungsfähig zu halten. Trump wiederum brüstete sich gegenüber der eigenen Bevölkerung und Russland damit, dass seine Regierung die Militärhilfe für die Ukraine eingestellt habe und nun lediglich Waffen und Munition an Europa verkaufe. Den europäischen Staaten stehe es frei, diese anschließend an die Ukraine weiterzugeben! All dies verschärfte die Krisen der europäischen Staaten zusätzlich. Sie mussten mitansehen, wie ihr amerikanischer

Verbündeter die Ukraine offenbar im Stich ließ und von Europa verlangte, seine Sicherheit gegenüber der russischen Bedrohung selbst zu gewährleisten!

Bereits zuvor, nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, hatten die europäischen Staaten Hunderte Milliarden Euro dem Wohlstand ihrer Bevölkerung entzogen und sie für ihre Streitkräfte, den Kauf amerikanischer Waffen und den Ausbau ihrer eigenen Rüstungsindustrie bereitgestellt. Und nachdem Trump die amerikanischen Sicherheitsgarantien infrage gestellt hatte, wussten die europäischen Staaten nicht mehr, wie sie die weitere Unterstützung der Ukraine, ja sogar ihre eigene Sicherheit angesichts der russischen Bedrohung gewährleisten sollten.

Siebtens: Der amerikanische Krieg gegen den Iran:

Anfang 2026 führte US-Präsident Trump gemeinsam mit der jüdischen Entität Krieg gegen den Iran. Darüber hinaus forderte er die europäischen Staaten in geradezu demütigender Weise auf, sich an diesem Krieg zu beteiligen. Diese lehnten jedoch eine Teilnahme an einem Krieg ab, zu dem sie zuvor nicht konsultiert worden waren. Der amerikanische Präsident verschärfte daraufhin seine Drohungen gegenüber den europäischen Staaten: Wenn sie sich nicht an der Seite der USA beteiligten, ihnen also in Zeiten der Not keinen Beistand leisteten, wie könne man dann von den USA erwarten, sie zu verteidigen? Und weshalb sollten die USA überhaupt ein Bündnis mit Staaten aufrechterhalten, die ihnen keinerlei Nutzen brächten!

Als der Iran die Straße von Hormus sperrte und die Öllieferungen aus den Golfstaaten unterbrochen wurden, wurde dies für Trump zu einem weiteren mächtigen Instrument, mit dem er Europa ebenso wie China wirtschaftlich unter Druck setzen konnte. Dabei erklärte er wiederholt und brüstete sich damit, dass Amerika kein Öl aus den Golfstaaten importiere und daher von einem Ausfall dieser Lieferungen nicht betroffen sei:

US-Präsident Donald Trump erklärte, die Straße von Hormus müsse jederzeit offen bleiben. Dabei betonte er, dass insbesondere jene Staaten, die für ihre Ölversorgung auf diese Meerenge angewiesen seien, sich an ihrer Verteidigung beteiligen und für ihre Sicherheit kämpfen müssten. Zugleich forderte er die NATO und China auf, zur Wiederöffnung der Meerenge und zur Sicherung des Schiffsverkehrs beizutragen. Trump fügte hinzu, dass die Vereinigten Staaten aus der Straße von Hormus keinerlei Nutzen zögen. (Al Jazeera Net, 19.03.2026)

Nach einer ersten Schätzung des französischen „Jacques Delors Institute“ vom 28.04.2026 verursachte der Ölpreisanstieg infolge der Sperrung der Straße von Hormus in den ersten beiden Monaten wirtschaftliche Verluste in Höhe von 39,6 Milliarden Euro für die europäischen Staaten: *Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte, dass die Europäische Union seit Beginn der Krise in der Straße von Hormus zusätzliche 90 Milliarden Euro für den Import fossiler Brennstoffe aufgewendet habe*. (Arab 48, 16.09.2026)

Hinzu kommen die schweren Krisen, mit denen die europäischen Ölraffinerien zu kämpfen haben. Denn infolge des Ukrainekriegs fielen bereits die russischen Diesellieferungen aus. Nach dem Krieg gegen den Iran brachen zudem die Diesellieferungen aus den arabischen Staaten und Indien weg, wodurch sich die ohnehin angespannte Lage der europäischen Raffinerien weiter verschärfte.

Achtens: Unter der Wucht dieser anhaltenden schweren Schläge geraten Frankreich und die übrigen europäischen Staaten wirtschaftlich immer tiefer in die Krise, auch wenn sie in manchen Regionen der Welt noch immer als Geberländer auftreten. Mit ihrem wirtschaftlichen Niedergang schwindet von Tag zu Tag auch ihr internationales Gewicht. Angesichts der explosionsartig steigenden Energiepreise, der Welle von Unternehmensinsolvenzen und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit bleiben ihnen immer weniger Mittel, um den Wohlstand ihrer Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt eine noch gewaltigere Welle steigender Militärausgaben, zu denen die USA diese Staaten drängen und sie barsch maßregeln, sollten sie ihren Forderungen nicht ausreichend nachkommen.

Unter diesen Umständen bestimmen zunehmend Proteste, ein gesellschaftlicher Rechtsruck und gewaltsame Ausschreitungen das Bild. Denn die Regierungen sind nicht mehr in der Lage, die enormen finanziellen Mittel aufzubringen, die erforderlich wären, um ihrer Bevölkerung jenen Wohlstand zu gewährleisten, an den sie sich über viele Jahrzehnte gewöhnt hat.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang und dem Erstarken rechter nationalistischer Strömungen, also der Verschärfung innergesellschaftlicher Machtkämpfe, gewinnen auch die Proteste an Brisanz. Ihr Ausbruch, ihre gezielte Anfachung und ihre politische Instrumentalisierung tragen einerseits dazu bei, dass sie immer häufiger in Gewalt umschlagen. Andererseits spricht vieles dafür, dass es sich dabei um eine anhaltende Protestwelle handelt und nicht bloß um vorübergehende Ereignisse, wie dies in den vergangenen Jahren noch der Fall war.

Die Proteste in Frankreich und den übrigen europäischen Staaten legen somit die tatsächliche Schwäche Europas schonungslos offen. Den europäischen Regierungen ist es nicht gelungen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Vielmehr verschärft sich die Lage immer weiter, was dem ideologischen und politischen Versagen, den fortwährenden wirtschaftlichen Schlägen, für welche die USA unablässig Sorge tragen, und der chinesischen Konkurrenz geschuldet ist. Das seit Jahrzehnten vertraute Bild Europas, das sich im allgemeinen Bewusstsein festgesetzt hat, verändert sich somit seit einigen Jahren in rasantem Tempo und weicht zunehmend seinem wahren, von Altersschwäche gezeichneten Gesicht. Europa verliert also von Tag zu Tag an Kraft, und seine Krisen könnten sich in absehbarer Zukunft noch weiter zuspitzen.

Neuntens: Auf diese Weise wird die heutige Welt von ungläubigen, frevelhaften und ungerechten Staaten beherrscht, die ihre perfiden Interessen über alles andere stellen. Selbst gegenüber ihren Verbündeten ändern sie ihre Haltung von einer Stunde

zur anderen – **nicht etwa, weil sie darin Gutes erkennen, sondern weil sie Böses betreiben.** Sie lassen die *ǧāhilīya*, die heidnische Unwissenheit der vorislamischen Zeit wiederaufleben, ja, ihr Zustand kommt einer noch schlimmeren Unwissenheit gleich!

Und so, wie einst Persien und Byzanz eliminiert wurden und die Erde im Licht des Islam erstrahlte, wird dies mit Allahs Erlaubnis erneut geschehen.

Muslim tradiert in seinem *Ṣaḥīḥ* in geschlossener Kette von Abū ar-Rabīʿ al-ʿAtakī und Qutaiba ibn Saʿīd und beide von Ḥammād ibn Zaid, wobei der Wortlaut von Qutaiba stammt: Ḥammād berichtet von Aiyūb, von Abū Qilāba, von Abū Asmāʾ, von Ṯaubān, der sagte: *Es sprach der Gesandte Allahs ﷺ:*

«إِنَّ اللَّهَ زَوَى لِيَ الْأَرْضَ فَرَأَيْتُ مَشَارِقَهَا وَمَغَارِبَهَا وَإِنَّ أُمَّتِي سَيَبْلُغُ مُلْكُهَا مَا زُوِيَ لِي مِنْهَا...»

Wahrlich, Allah hat mir die Erde zusammengerafft, und so sah ich ihre östlichen und westlichen Weiten. Und wahrlich, die Herrschaft meiner Umma wird so weit reichen, wie sie mir zusammengerafft wurde …

Auch wird das rechtgeleitete Kalifat nach der Gewaltherrschaft, unter der wir heute leben, zurückkehren und mit Allahs Erlaubnis, des Allmächtigen und Erhabenen, und durch den tatkräftigen Einsatz der Schabab von Hizb-ut-Tahrir, den aufrichtigen *daʿwa*-Trägern, das Gute in allen Teilen der Welt verbreiten.

Aḥmad berichtet in seinem *Musnad* in geschlossener Kette von Ḥuḏaifa, der sagte: *Es sprach der Gesandte Allahs ﷺ:*

«...ثُمَّ تَكُونُ مُلْكاً جَبْرِيَّةً فَتَكُونُ مَا شَاءَ اللَّهُ أَنْ تَكُونَ، ثُمَّ يَرْفَعُهَا إِذَا شَاءَ أَنْ يَرْفَعَهَا، ثُمَّ تَكُونُ خِلَافَةً عَلَى مِنْهَاجِ النُّبُوَّةِ»

[…] Sodann folgt eine Gewaltherrschaft. Sie wird weilen, solange Allah sie weilen lässt, dann wird Er sie aufheben, wenn Er sie aufheben will. Danach folgt ein Kalifat gemäß dem Plan des Prophetentums. Daraufhin schwieg der Gesandte Allahs ﷺ. An diesen Wahrheiten vermag auch die folgende Äußerung jener nichts zu ändern, deren Herzen und Verstand erkrankt sind:

﴿غَرَّ هَؤُلَاءِ دِينُهُمْ﴾

Diese Leute hat ihre Glaubensordnung betört. (8:49) Ihresgleichen haben dies schon zuvor behauptet, als der Gesandte Allahs ﷺ die Frohbotschaft verkündete, die Herrschaft des Islam werde sich bis in die Länder Persiens und Byzanz erstrecken. So heißt es im *Maǧmaʿ az-Zawāʾid* von Abū l-Ḥasan Nūr ad-Dīn al-Haiṯamī (gest. 807 n. H.):

«...ثُمَّ مَشَوْا إِلَى الْخَنْدَقِ، فَقَالَ رسول الله ﷺ: «اذْهَبُوا بِنَا إِلَى سَلْمَانَ، وَإِذَا صَخْرَةٌ بَيْنَ يَدَيْهِ قَدْ ضَعُفَ عَنْهَا، فَقَالَ النَّبِيُّ ﷺ لِأَصْحَابِهِ: دَعُونِي فَأَكُونَ أَوَّلَ مَنْ ضَرَبَهَا، فَقَالَ: بِسْمِ اللَّهِ، فَضَرَبَهَا فَوَقَعَتْ فِلْقَةُ ثُلُثِهَا، فَقَالَ: اللَّهُ أَكْبَرُ، قُصُورُ الرُّومِ وَرَبِّ الْكَعْبَةِ، ثُمَّ ضَرَبَ أُخْرَى فَوَقَعَتْ فِلْقَةٌ، فَقَالَ: اللَّهُ أَكْبَرُ قُصُورُ فَارِسَ وَرَبِّ الْكَعْبَةِ»

[…] Dann begaben sie sich zum Graben. Da sprach der Gesandte Allahs ﷺ: „Führt mich zu Salmān!“ Vor diesem befand sich ein Felsblock, den er nicht zu zerschlagen vermochte. Da sprach der Prophet ﷺ zu seinen Gefährten: „Lasst mich den ersten Schlag gegen ihn ausführen!“ Dann sagte er ﷺ: „Im Namen Allahs!“, und schlug auf den Felsblock, worauf ein Drittel davon abbrach. Da rief er: „*Allāhu akbar!* Die Paläste der Römer, beim Herrn der Kaaba!“ Sodann führte er einen weiteren Schlag aus, worauf ein zweites Stück abbrach. Da rief er: „*Allāhu akbar!* Die Paläste der Perser, beim Herrn der Kaaba!“ Daraufhin sagten die Heuchler: „Wir müssen uns selbst durch einen Graben schützen, während er uns die Paläste Persiens und Byzanz verspricht!“ Bei aṭ-Ṭabarānī tradiert. Seine Tradenten zählen zu den Tradenten des *Ṣaḥīḥ*, mit Ausnahme von ʿAbdullāh ibn Aḥmad ibn Ḥanbal und Nuʿaim al-ʿAnbarī, die jedoch beide als vertrauenswürdig gelten. Und genau dies ist trotz der Äußerungen der Heuchler eingetreten und hat sich erfüllt. Denn das Wort des aufrichtigen, wahrhaftigen Propheten, ist Wahrheit. Der Erhabene sagt:

﴿وَمَا يَنْطِقُ عَنِ الْهَوَى ۞ إِنْ هُوَ إِلَّا وَحْيٌ يُوحَى﴾

Und er spricht nicht aus Neigung. Es ist nichts als Offenbarung, die offenbart wird. (53:3–4)

Deshalb wird auch das Kalifat von neuem zurückkehren, und der Islam wird sich über jene Gebiete ausbreiten, die Allah, der Erhabene, Seinem Gesandten ﷺ „zusammengerafft“ hat.

﴿وَيَوْمَئِذٍ يَفْرَحُ الْمُؤْمِنُونَ ۞ بِنَصْرِ اللَّهِ يَنْصُرُ مَنْ يَشَاءُ وَهُوَ الْعَزِيزُ الرَّحِيمُ﴾

An jenem Tag werden die Gläubigen sich freuen über den Sieg Allahs. Er verleiht den Sieg, wem Er will. Und Er ist der Allmächtige, der Barmherzige. (30:4–5)

22. Ǧumādā l-Ūlā 1448 n. H.

02.11.2026